



### **Schwerpunktthema: 3. Armuts- und Reichtumsbericht**

- (1) **ZFF: Kinder brauchen eine materielle Grundsicherung**
  - (2) **AWO: "Wir können die Augen vor Armut nicht noch länger verschließen"**
  - (3) **VdK fordert Armutsbeauftragte in Bund und Land**
  - (4) **Wolfgang Jüttner: Kampf gegen Kinderarmut ist Hauptaufgabe**
  - (5) **GEW: Bildung ein Schlüssel, Erbfolge von Armut zu durchbrechen**
  - (6) **SOS-Kinderdorf-Vorsitzender Johannes Münder: "Armutsbericht der Regierung ist ein Armutszeugnis für Deutschland im Umgang mit seinen Kindern!"**
  - (7) **Politik muss handeln / Kolpingwerk unterstreicht seine Forderung nach Mindestlöhnen**
  - (8) **Caritas-Präsident Neher zum Armutsbericht / Stärkere Armutsprävention erforderlich / Differenzierte Debatte muss nach Veröffentlichung des Berichts weitergehen**
- 

### **Schwerpunktthema: 3. Armuts- und Reichtumsbericht**

#### **(1) ZFF: Kinder brauchen eine materielle Grundsicherung**

Anlässlich der heutigen Vorstellung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts durch die Bundesregierung erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V.:

Die Armutsrisikoquote hat sich in Deutschland auf hohem Niveau verfestigt: Gut 13 Prozent aller Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Gleichzeitig hat sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter geöffnet: Während die Einkommen des reichen Bevölkerungsteils weiter gewachsen sind, sinken bzw. stagnieren sie im unteren und mittleren Bereich. Von einem besonders hohen Armutsrisiko sind Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende betroffen - und dies trifft insbesondere auch deren Kinder.

Wir fordern die Einführung einer armutsfesten materiellen Existenzsicherung für alle Kinder in Deutschland, um Kindern ein chancengerechteres Aufwachsen zu ermöglichen. Denn Armut ist zunächst vor allem ein Mangel an Einkommen und Ressourcen. Aus diesem Ressourcenmangel resultieren dann in weiterer Folge Bildungs- und Teilhabearmut. Ein erster Schritt in diese Richtung ist eine substantielle Erhöhung des Kindergeldes auf gut 200 €. Damit wird die Lücke zwischen der Kinder-

## ZFF-MITGLIEDERINFO NR. 21/2008 21.05.2008

geldzahlung und der höchsten steuerlichen Entlastung von Gutverdienenden aufgrund der Kinderfreibeträge geschlossen.

Eine solche Grundsicherung für Kinder, wie wir sie vorschlagen, soll unter anderem durch die Abschaffung des Ehegattensplittings finanziert werden. Die Einkommen von Ehepartnern sollen künftig individuell besteuert werden, so wie es für Menschen in allen anderen Lebensformen gilt. Die bestehende Unterhaltspflicht in Ehen wird über einen übertragbaren Grundfreibetrag berücksichtigt. Durch eine solche Reform der Ehebesteuerung werden Mittel in Höhe von ca. 16 Mrd. € frei. Dieses Geld soll gezielt dafür eingesetzt werden, die Lebenssituation vor allem von armen Kindern und Familien in Deutschland zu verbessern.

Es bedarf eines umfassenden Konzepts zur Verhinderung von Armut. Dazu gehören neben der materiellen Sicherung der Ausbau einer qualifizierten öffentlichen Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ebenso wie die Einführung von Mindestlöhnen und die armutsfeste Ausgestaltung der sozialen Grundsicherungssysteme auch für Erwachsene. Denn: Arme Kinder leben in armen Familien. Diese müssen als Ganzes in den Blick genommen werden.

Quelle: ZFF, Pressemitteilung vom 19.05.2008

### **(2) AWO: "Wir können die Augen vor Armut nicht noch länger verschließen"**

"Es ist bedrückend! Jeder achte Bürger in Deutschland ist direkt oder indirekt von Armut betroffen", so der AWO Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers angesichts des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. "Aus menschlichen wie ökonomischen Motiven dürfen wir eine solche Tendenz nicht weiter hinnehmen", betont Brückers. Es sei schwer zu verstehen, "wenn Menschen in Arbeit dennoch unter der Armutsgrenze lebten; wenn Langzeitarbeitslose oder Alleinerziehende und deren Kinder wenig Hoffnung auf materielle Besserungen haben. Andererseits aber die Spitzenvermögen im gleichen Zeitraum kontinuierlich steigen. Da stimmt etwas nicht!"

Die bis dato öffentlich gewordenen Befunde des 3. Armuts- und Reichtumsbericht müssten der Weckruf für alle politischen Entscheidungsträger sein. In den kommenden Wochen und Monaten müsse sich die Bundesregierung daran messen lassen, ob es ihr gelingt, "wirksam gegen die sich verfestigende Armut vorzugehen, die immer größer werdende Kluft zwischen arm und reich wirksam zu schließen und dem weiteren Abrutschen von Menschen in Armut entgegenzusteuern" fordert Brückers.

Die AWO sieht v.a. vier zentrale Punkte, die nun umgesetzt werden müssen:

- Bessere und zielgenaue Leistungen für Familien und Alleinerziehende. Etwa der weitere Ausbau von Leistungsangeboten für Kinder wie kostenloses Schulessen und Lernmittelfreiheit.
- Arbeit muss sich materiell lohnen und darf nicht zum Armutsrisiko werden. Dort wo die Tarifparteien keine angemessenen Lohnabschlüsse erzielen, muss über gesetzliche Mindestlöhne gesprochen werden.
- Ein differenzierter Arbeitsmarkt muss benachteiligten Personen eine dauerhaft geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bieten.
- Wer zudem ernsthaft nach Konsequenzen aus dem vorgelegten Bericht sucht, darf seine Augen nicht vor dem gigantisch wachsenden Wohlstand weniger verschließen. Verfügt die 10% der reichsten Deutschen bei der Vorlage des letzten Berichts im Jahr 2005 über 46,5% des gesamten Vermögens in Deutschland, hat sich dieser Anteil nach aktuellen Zahlen auf knapp 60% erhöht. Allein die 300 reichsten Deutschen haben ihr Vermögen insgesamt von 2006 auf 2007 nach Berechnungen des Managermagazins von 400 Milliarden auf knapp 480 Milliarden Euro erhöht. Wir brauchen daher eine Besteuerung der Spitzenvermögen, um wichtige Spielräume, um gezielte Hilfen zur Vermeidung und Vorbeugung von Armut besser finanzieren zu können.

Langfristig sei weiterhin der systematische Ausbau von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten zwingend geboten. "Acht Prozent Schulabbrecher ohne Abschluss sind acht Prozent zu viel. Ihre Zukunft ist in den meisten Fällen schon verbaut, da sie auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keine Chance haben werden", unterstreicht Brückers.

## **ZFF-MITGLIEDERINFO NR. 21/2008**

### **21.05.2008**

Quelle: AWO Bundesverband e.V., Pressemitteilung vom 19.05.2008

#### **(3) VdK fordert Armutsbeauftragte in Bund und Land**

"Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt, dass die Schere zwischen Arm und Reich bereits viel weiter auseinander klafft, als viele meinen. Dass jeder Achte in Deutschland bereits in Armut lebt, ist beschämend für ein reiches Land und zeigt auch, wie notwendig die aktuelle VdK-Kampagne 'Aktion gegen Armut' ist." Dies erklärte der Präsident des Sozialverband VdK Deutschland, Walter Hirrlinger, heute in Berlin.

Hirrlinger forderte als Sofortmaßnahme, die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro anzuheben. Davon würden alleinerziehende Mütter, bedürftige Rentner und Langzeitarbeitslose gleichermaßen profitieren. Außerdem müsse rasch wieder die Möglichkeit geschaffen werden, große einmalige Belastungen wie bei der Einschulung von Kindern, dem Ersatz von Haushaltsgeräten oder notwendigen Reparaturen, von den Sozialämtern finanzieren zu lassen. Von 347 Euro pro Monat könne man keine Rücklagen bilden.

Jedes sechste Kind lebe inzwischen von Hartz IV, so Hirrlinger. Da könne man den reichsten fünf Prozent der Bevölkerung, die rund ein Drittel des gesamten Volksvermögens besitzen, durchaus die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zumuten. Zudem müsse der Hartz-IV-Satz für Kinder um mindestens 20 Prozent von 208 auf 250 Euro angehoben werden.

Hirrlinger: "Armutsbekämpfung und -vermeidung ist eine Querschnittsaufgabe. Wir brauchen Armutsbeauftragte in Bund und Ländern, die sich Sozial-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen und koordinieren."

Wenn heute 700 000 der Minijobber in Deutschland über 65 Jahre über das Rentenalter von 65 hinaus für ihre Existenz arbeiten müssen, dann stimme etwas nicht. "Deshalb muss die Rente nach Mindesteinkommen wiederkommen. Sonst laufen Geringverdiener zunehmend Gefahr, in Altersarmut zu geraten. Dazu gehört auch, einen entsprechenden Lohn zu zahlen, denn mit Hungerlöhnen ist Armut ebenfalls vorprogrammiert."

Quelle: VdK, Pressemitteilung vom 19.05.2008

#### **(4) Wolfgang Jüttner: Kampf gegen Kinderarmut ist Hauptaufgabe**

Zum heute vorgelegten Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung erklärt der Vorsitzende der Kommission „Gleiche Chancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen!“, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, das SPD-Parteivorstandsmitglied Wolfgang Jüttner:

Der Neue Armuts- und Reichtumsbericht belegt: Der Kampf für gleiche Chancen von allen Kindern in unserem Land bleibt eine Hauptaufgabe. Wer Steuersenkungen in drastischem Maß fordert oder überzogen sparen will, versagt den von Armut betroffenen Kindern die Zukunft. Kinder brauchen heute Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und auch soziale Transferleistungen, die ihre materielle Situation verbessern!

Kinderarmut ist in einer reichen Gesellschaft, wie unserer, nicht hinnehmbar. Deshalb müssen wir alle Verteilungsspielräume nutzen, diesen Trend umzukehren. Weil Zukunftsaufgaben finanziert werden müssen, brauchen wir die stärkere Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen. Dass der Staat verantwortlich mit dem Geld umgeht, zeigt sich daran, dass ohne staatliche Sozialleistungen die Armutsgefährdung um das Doppelte höher liegen würde.

Kinderarmut ist zumeist eine von der Situation der Eltern abgeleitete Armut. Der Bericht zeigt, dort wo Eltern in Gute Arbeit kommen, lässt sich Kinderarmut am ehesten vermeiden. Deshalb treten wir für Mindestlöhne ein, damit Eltern ihre Familien durch ihre Arbeit ernähren können.

Quelle: SPD Presseservice, Pressemitteilung Nr. 291/08 vom 19.05.2008

**ZFF-MITGLIEDERINFO NR. 21/2008**  
**21.05.2008**

**(5) GEW: Bildung ein Schlüssel, Erbfolge von Armut zu durchbrechen**

"Wer Armut bekämpfen will, muss in Bildung investieren. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel, um die von Generation zu Generation vererbte Armut zu durchbrechen", sagte Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit Blick auf den heute vorgestellten dritten "Armuts- und Reichtumsbericht" der Bundesregierung. "Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame, abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und anderen gesellschaftlichen Kräften. Wir brauchen bessere und mehr Bildungsangebote für die Kinder und jungen Menschen. Wir müssen die Kinder aus armen Familien besser materiell absichern. Nur so packen wir die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft bei den Wurzeln."

"Wir müssen unsere Philosophie in der Bildungspolitik ändern. Es ist eine Herkules-Aufgabe, Abschied von der systematischen Auslese und dem permanenten Aussieben der Kinder und Jugendlichen im deutschen Bildungswesen zu nehmen. Wir brauchen eine Kultur des Förderns und Unterstützens, das niemanden zurücklässt", unterstrich Thöne.

Die PISA-Studien hätten gezeigt, dass fast ein Viertel der 15-Jährigen in Deutschland zur Gruppe der "Risikoschüler" gehört. "Diese jungen Menschen können kaum lesen und schreiben. Sie haben keine Chance, in dieser Gesellschaft eine Lebensperspektive aufzubauen. Sie wachsen mit der Perspektive auf, die ALG II-Empfänger von Morgen zu sein", sagte der GEW-Vorsitzende. "Kinder, insbesondere aus bildungsfernen Familien und Migrantenhaushalten müssen so früh und so gut wie möglich in Kitas von qualifizierten Personal unterstützt und gebildet werden. Nur so haben sie eine Chance, aus der Armutsfalle herauszukommen."

Eine veränderte Bildungspolitik müsse durch einschneidende sozial- und familienpolitische Maßnahmen flankiert werden. Dazu gehöre, Armutslöhne zu verhindern, Familien von Bildungsausgaben zu entlasten und Kinder materiell abzusichern.

In diesem Zusammenhang machte sich der GEW-Vorsitzende für Lernmittelfreiheit, einen kostenfreien Kita-Zugang und den Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Platz in einer Kindertageseinrichtung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr stark. Dieser Rechtsanspruch müsse uneingeschränkt auch für Kinder von arbeitslosen Eltern gelten.

Zudem forderte Thöne eine bessere materielle Absicherung der Kinder von ALG II-Empfängern: "Fast alle Lehrerinnen und Lehrer kennen das Problem: Zu Beginn jedes Schulhalbjahres sitzen Kinder aus armen Familien ohne Hefte, Stifte und Taschenrechner im Klassenraum, weil ihren Eltern schlicht das Geld dafür fehlt. Die Regelsätze reichen nicht aus: Deshalb ist es ein erster, wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderarmut, wenn Bezieher von ALG II und Sozialhilfe künftig zwei Mal im Jahr eine zusätzliche Pauschale für den Schulmittelbedarf bekommen. Wenn arme Familien zusätzliche Pauschalen für Schulmittel bekommen, darf ihnen das Geld aber nicht gleich wieder für das Essen in Krippen, Kitas und Schulen, für Schulbücher oder Klassenfahrten aus der Tasche gezogen werden." Kinder aus ALG II-Empfängerfamilien müssten deshalb Anspruch auf ein kostenfreies und qualitativ hochwertiges Essen in Kitas und Schulen haben.

Quelle: GEW, Pressemitteilung vom 19.05.2008

**(6) SOS-Kinderdorf-Vorsitzender Johannes Münder: "Armutsbericht der Regierung ist ein Armutszeugnis für Deutschland im Umgang mit seinen Kindern!"**

Als "Armutszeugnis für Deutschland im Umgang mit seinen Kindern" bezeichnete Prof. Dr. Johannes Münder, Vorstandsvorsitzender des SOS-Kinderdorf e.V., den heute veröffentlichten 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Alarmierend sei, dass der Anteil armer oder von Armut bedrohter Kinder wieder deutlich höher liegt als der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung. Besonders betroffen sind Kinder in Mehrkinderfamilien und von Alleinerziehenden, deren Lage sich zunehmend in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Münder: "Laut Verfassung ist die Bundesrepublik ein Sozialstaat. Es kann deswegen nicht länger hingenommen werden, dass sich für eine ansteigende Zahl von Kindern die Zukunftschancen in den

**ZFF-MITGLIEDERINFO NR. 21/2008**  
**21.05.2008**

Bereichen Betreuung für unter Dreijährige, bei der Regelsatzgestaltung und beim Zugang zu Bildung vermindern, statt sich zu verbessern."

Der SOS-Kinderdorf e.V. engagiert sich deshalb in Deutschland nicht nur mit 15 SOS-Kinderdörfern, sondern zunehmend auch im präventiven Bereich der Familienstärkung. 18 Kindergärten und Kindertagesstätten, 13 Beratungszentren und sechs Mehrgenerationenhäuser betreibt der gemeinnützige Verein als Träger und baut diese Projekte Jahr für Jahr auch mit Spendenmitteln seiner rund 2,2 Millionen Spender und Förderer weiter aus.

Quelle: ots Originaltext vom 19.05.2008

**(7) Politik muss handeln / Kolpingwerk unterstreicht seine Forderung nach Mindestlöhnen**

Jeder achte Deutsche ist arm. Gäbe es keine staatlichen Sozialleistungen, würde nach den Feststellungen des neuen Reichtums- und Armutsberichts der Bundesregierung jeder Vierte in Armut leben. "Das sind wahre Schreckenszahlen", kommentiert die stellvertretende Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes Deutschland, Barbara Breher, die Ergebnisse des Berichts.

Die Einkünfte der Reichen in der Bundesrepublik sind weiter gewachsen, wogegen das Lohnniveau im unteren Bereich sinkt und die mittleren Einkommen stagnieren. "Jetzt ist die Politik gefordert, die Instrumente, die auf der Hand liegen, auch einzusetzen", betonte Breher. Eines davon sei, der auch vom Kolpingwerk Deutschland geforderte gesetzliche Mindestlohn. "Das ist sicherlich nur ein Schritt zur Bekämpfung der Armut. Aber es ist, wie der Bericht der Bundesregierung zeigt, dringend geboten, etwas zu tun." Der katholische Sozialverband mit mehr als 260.000 Mitgliedern fordert eine Mindestvergütung, die sich nach einem jährlich zu ermittelnden sozio-kulturellen Existenzminimum richtet und nicht unter 7,50 Euro pro Stunde liegt.

"Der Stundenlohn muss mindestens so bemessen sein, dass in einem Vollzeitverhältnis ein Einkommen erzielt wird, das das in den Sozialgesetzen festgelegte Existenzminimum übersteigt. Ein gerechter Lohn in diesem Sinne ist eine Grundvoraussetzung zur Wahrung der Menschenwürde", erklärt Barbara Breher. Es ist gesellschaftlich nicht zu vertreten, dass es Familien gibt, die trotz Voll-erwerbstätigkeit beider Eheleute auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind."

Eine weitere zentrale Aufgabe der Politik müsse die Bekämpfung der künftig drohenden Altersarmut sein. "Die Lebensleistung der Menschen muss angemessen gewürdigt werden", betonte Breher. Das Rentenmodell der katholischen Verbände biete hier eine zukunftsfähige Lösung. "Wir brauchen Solidarität über den Tag hinaus", forderte Breher. Das Kolpingwerk wird das Rentenmodell ebenso wie die übrigen Verbände, die das Konzept entwickelt haben, beim Katholikentag in Osnabrück, der am Mittwoch beginnt, zur Diskussion stellen.

Quelle: ots Originaltext vom 19.05.2008

**(8) Caritas-Präsident Neher zum Armutsbericht / Stärkere Armutsprävention erforderlich / Differenzierte Debatte muss nach Veröffentlichung des Berichts weitergehen**

"Wir müssen endlich die Menschen wahrnehmen, die hinter den heute vorgelegten Zahlen des Armuts- und Reichtumsberichts stehen", mahnt Caritas-Präsident Peter Neher angesichts der wachsenden Zahl von Armen in Deutschland.

Schon seit langem ist in den Armut bekämpfenden Diensten der Caritas eine wachsende Zahl von Menschen zu beobachten, die Rat und Hilfe brauchen. "Während früher der alleinstehende Obdachlose der typische Besucher unserer Tafeln war, sind es nun auch Familien, die zum Monatsende kommen", so Neher. "Suppenküchen sind keine Lösung." Langfristig muss es besser gelingen, die Spirale aus geringer Bildung und Arbeitslosigkeit zu durchbrechen, denn diese beiden Faktoren sind entscheidend für die Entstehung von Armut. Nur dann ist nachhaltig sichergestellt, dass mehr Menschen als heute aus eigener Kraft ein Einkommen erzielen und ihr Leben ohne Transferleistungen des Staates gestalten können. "Wir müssen stärker Armutsprävention im Blick haben", sagt Neher.

**ZFF-MITGLIEDERINFO NR. 21/2008**  
**21.05.2008**

Aktuell sei erforderlich, beispielsweise die Regelsätze zu erhöhen, um die Preissteigerungen bei lebenswichtigen Gütern aufzufangen. Für Kinder müssen eigene und angemessene Regelsätze berechnet werden. Für die Menschen, die vom eigenen Einkommen ihrer Arbeit nicht leben können, sind Kombieinkommen und eine Entlastung von Sozialabgaben erforderlich.

"Wir müssen den Armutsbericht jetzt als Anlass nehmen, alles zu tun, um die materielle Situation von Menschen in Armut zu verbessern. Ebenso bedeutend ist aber, langfristig zu verhindern, dass Menschen in Armutssituationen kommen." Der Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes und der Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige sind entscheidende Schritte auf dem Weg dahin. "Jetzt gilt es auch, nach Veröffentlichung des Berichtes in eine seriöse Debatte einzutreten und das Thema über die Tagesaktualität hinaus gezielt und lösungsorientiert anzugehen", regt Neher an. Die Caritas trägt selbst mit zahlreichen Projekten dazu bei, Menschen die Hilfen zu geben, die sie für ein selbstverantwortliches Leben brauchen.

Quelle: ots Originaltext vom 19.05.2008

